

# Demobilisierung von Soldaten

EIN NOTWENDIGER, ABER NICHT HINREICHENDER BEITRAG  
ZUR FRIEDENSSICHERUNG IN KONFLIKTREGIONEN

Der Demobilisierungsprozess am Horn von Afrika nach 1991 und die folgende Demokratisierung Äthiopiens galten jahrelang als vorbildlich. Der neuerliche Ausbruch des Krieges 1998 kam daher für viele internationale Beobachter völlig überraschend. Ein Forschungsprojekt am Historischen Seminar untersucht die Gründe für diese Fehleinschätzung und ordnet die Demobilisierung neu in den gesellschaftlichen Kontext ein.



Am Historischen Seminar der Universität Hannover liegt ein Schwerpunkt auf Themen der Geschichte Afrikas im 20. Jahrhundert. Innerhalb des Seminars ist hieraus ein eigener Arbeitsbereich Afrikanische Geschichte/ Africa Research Group entstanden, in dessen Rahmen sich mehrere Projekte mit Fragen der Kriegsfolgen und ihrer Bewältigung in Afrika beschäftigten (Nigeria, Uganda, Mosambik, Eritrea).

Abbildung 1  
*Soldaten, die nach Kriegen oder Unruhen nicht mehr gebraucht werden, müssen in die Zivilgesellschaft integriert werden.*  
Foto: Aman Ayalew/World Vision

## Demobilisierungen als Forschungsgegenstand

In genereller Betrachtung bedeutet Demobilisierung die Entfernung von Individuen aus dem Militärapparat, in den diese zum Waffendienst rekrutiert worden waren.

Demobilisierungen als institutionalisierter Prozess beinhalten in Friedenszeiten die Anwendung von rechtlich festgelegten Verfahren zur strukturierten Entlassung aus dem Militärapparat (Entlassung aus Gesundheits- oder Disziplinargründen, Ende der Wehrpflicht oder Dienstverpflichtung, Pensionierung, Entlassungen als Teil von aus welchen Gründen auch immer

beschlossenen oder erforderlichen Absenkungen von Personalstärken, usw.). Demobilisierungen nach dem Ende von Kampagnen und/oder Kriegen können ebenfalls, müssen aber nicht als institutionalisierte strukturierte Prozesse ablaufen. Ihr genauer Verlauf und Inhalt wird wesentlich davon bestimmt, ob sie nach dem Ende von zwischenstaatlichen oder Bürgerkriegen stattfinden, ob sie nach Sieg oder Niederlage erfolgen.

Demobilisierung ist nicht gleichzusetzen mit Demilitarisierung. Sie kann, muss aber nicht zwingend Teil eines umfangreicheren Prozesses von Demilitarisierung in dem be-

treffenden Staat und seiner Gesellschaft sein.

Zudem führt Demobilisierung nicht zwangsweise zur Absenkung der Personalstärken von militärischen Verbänden, wenn sie von Prozessen der Neurekrutierung in dieser begleitet wird.

Einerseits beinhaltet Demobilisierung, ob in Friedenszeiten oder nach dem Ende von kriegerischen Konflikten, den rein mechanischen Prozess der Transformation militärischer Einheiten zu zivilen Individuen. Dieser Prozess umfasst folglich eine starke logistisch-organisatorisch ausgerichtete Komponente. Demobilisierung nach dem Ende von kriegerischen Konflikten ist aber auch darüber hinaus ein Bestandteil einer komplexen Bewegung der Neuorganisation einer Gesellschaft in einer militärstrategisch veränderten Situation. Von daher beinhaltet sie eine starke sozio-kulturelle, geostrategische und machtpolitische Dimension. Demobilisierung bedeutet drittens eine komplizierte Veränderung im individuellen und kollektiven Bewusstsein: Die »Demobilisierung in den Köpfen« ist also auch als lange währendes psychologisches Phänomen zu betrachten.

Demobilisierungen sind kein neues Phänomen und auch kein typisches Charakteristikum einer modernen Gesellschaft.

Seit jeher hat sich die Frage gestellt, was mit Soldaten geschehen sollte, die in Friedenszeiten oder nach der Beendigung von Kampfhandlungen nicht mehr in ihrer bisherigen militärischen Funktion benötigt wurden oder erwünscht waren. Jede Gesellschaft, die sich in den vergangenen Jahrzehnten und Jahrhunderten dieser Frage gegenüber sah, hat hierfür ihre eigenen Lösungen gefunden.

In der gegenwärtigen Forschung zu Demobilisierungen werden diese primär als Teil

von Friedensprozessen oder von Transformationsprozessen von Krieg zu Frieden angesehen. In dieser Sicht war eine wichtige Aufgabe bei der Planung eines Demobilisierungsprozesses die Bewältigung der Sicherheitsfrage: Wie konnte man vermeiden, dass die Kombattanten wieder zu den Waffen greifen? Wie konnte man verhindern, dass das zarte Pflänzchen Nachkriegsgesellschaft durch wieder aufflammende Konflikte,

tive Reintegration in das Zivilleben verwirklichen zu können. Daher konzentrierten sich entsprechende international geförderte Programme auf die rasche technische Abwicklung der Demobilisierung und der damit einhergehenden Programme der sozialen Reintegration der Demobilisierten in die Zivilgesellschaft.

Im Zuge dieser Entwicklung wurden seit den 80er Jahren Demobilisierungsprozesse in



neue Bürgerkriege oder Banditentum bedroht wird?

In diesem Ansatz war vorrangiges Ziel, Staat und Regierung des Landes, in dem demobilisiert wurde, zu stabilisieren, um erstens die innere Sicherheit zu garantieren und zweitens einen Rückfall in bewaffnete Konflikte zu vermeiden. Die internationalen Akteure, die die Demobilisierungsprozesse nach Konflikten in zahlreichen Staaten Afrikas, aber auch anderer Erdteile, seit den 80er Jahren forderten und förderten, glaubten diese Zielsetzungen primär und am schnellsten durch die zügige Demobilisierung von Kombattanten und ihre schnelle und produk-

afrikanischen und anderen Staaten konsequenterweise auch verstärkt Gegenstand wissenschaftlicher Forschung.

Im Laufe der Zeit entstand hierzu eine umfangreiche Literatur. Entsprechend der aufgezeigten Verengung der international geförderten Demobilisierungspraxis selbst konzentrierten sich diese Arbeiten ebenfalls primär auf die Untersuchung

- der unmittelbaren Kontexte der Demobilisierung und ihrer praktischen Durchführung,
- der nachfolgenden Programme der sozialen Reintegration von Ex-Kombattanten.

Abbildung 2  
Nach den kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Äthiopien und Eritrea wurden viele Soldaten in die Landwirtschaft demobilisiert.

Foto: Gebragziabher Hadera/  
World Vision



Abbildung 3  
 Äthiopiens Wirtschaft ist nach wie vor von der Landwirtschaft dominiert, sie trägt 52 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei.  
 Foto: Aman Ayalew/World Vision

1 Am 28. Mai 1991 übernahm nach einem 17-jährigen Bürgerkrieg die von der Tigray Peoples Liberation Front (TPLF) dominierte Ethiopian Peoples Revolutionary Democratic Front (EPRDF) die Macht in Addis Abeba. Seitdem wird die Regierungsgewalt in Äthiopien mittels der EPRDF und einer Abfolge von EPRDF-beherrschten Regierungen von der TPLF ausgeübt und fest kontrolliert.

Hingegen geriet die Untersuchung

- der historischen Hintergründe für die bewaffneten Konflikte, die Demobilisierungsprozessen vorausgingen,
- der Rolle von Gewalt und Militär in den betreffenden Gesellschaften und Staaten,
- der historischen und politischen Kontexte der Demobilisierungsprozesse und
- der die Fragilität der Demobilisierungsprozesse bedingenden kontemporären politischen Zusammenhänge in diesen Arbeiten oft zu kurz oder fehlt völlig.

Die Defizite in der Herangehensweise an Demobilisierungen seitens der internationalen politischen Akteure wie auch der Forschung wurden im vergangenen Jahrzehnt durch das wiederholte Scheitern von Friedensprozessen in Ländern, in denen eine technisch erfolgreiche Demobilisierung durchgeführt worden war, verdeutlicht.

Zunehmend werden jetzt in Reaktion auf die erkennbar gewordenen Praxis- und Forschungsdefizite auch die Ergebnisse der Friedens- und Konfliktforschung für die Un-

tersuchung von Demobilisierungsprozessen herangezogen, aus denen sich nicht nur wertvolle Einsichten für deren Zustandekommen und Durchführung ergeben, sondern auch wichtige Aufschlüsse für ihr wiederholtes Scheitern.

Als wesentliche Ursache für Letzteres stellt sich immer wieder die Schwäche der politischen Institutionen und der Zivilgesellschaften heraus, aber auch deren ökonomische Schwächen und soziale Verwerfungen, die in hohen Konfliktpotenzialen (Verteilungskämpfen) resultieren.

Die Verbindung der Friedens- und Konfliktforschung mit den Untersuchungen von Demobilisierungsprozessen fördert den Forschungsansatz, die Demobilisierungsprozesse und die Konflikte, in die sie eingebettet sind, letztlich als Aspekte einer umfassenderen Problematik unvollendeter Transformationen zur Moderne zu begreifen.

### Äthiopien – Demobilisierung ohne Friedensgewinn

In Äthiopien fanden nach dem Machtwechsel 1991 [1] umfangreiche Demobilisierungsprozesse aus bewaffneten Verbänden (reguläre Armee, Truppen von Befreiungsbewegungen) statt. Gleichzeitig wurden die Militärausgaben erheblich gesenkt. Die internationale Gemeinschaft begrüßte und unterstützte diese Maßnahmen als Teil einer auf Friedenssicherung gerichteten Politik der neuen äthiopischen Regierung.

Der als positiver Modellfall wahrgenommene Prozess der Demobilisierung und Reintegration von Ex-Kämpfern in Äthiopien bildete in einer kontinentalen Perspektive Teil eines allgemeinen Prozesses der Demobilisierung und Reduktion militärischer Personalstärken sowie der Senkung von Militärausgaben im subsaharischen Afrika nach Ende des Kalten Krieges.

Der äthiopisch-eritreische Krieg (1998–2000) zerstörte die in der internationalen Gemeinschaft gehegten Hoffnungen, der nach 1991 erlangte Friedensbonus sei von Dauer.

Er resultierte in einer massiven Ausweitung der Armeen der Kriegsgegner und Erhöhung der Militärausgaben.

Nach Ende der Kämpfe im Juni 2000 wurden erneute Demobilisierungen und Senkungen der Militärausgaben angekündigt, aber auf absehbare Zeit werden weder Äthiopien noch Eritrea ihre Militärausgaben und Armeestärken auf den Vorkriegsstand herunterfahren.

Dennoch haben die angekündigten Demobilisierungen und Senkungen der Militärausgaben erneut in der internationalen Gemeinschaft die Hoffnung geweckt, dass sie dieses Mal von größerer Nachhaltigkeit sein werden.

Eine kritische Beleuchtung der abgelaufenen Demobilisierungsprozesse und der politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Äthiopien und im Horn von Afrika insgesamt nach 1991 legt nahe, dass diese Hoffnungen zumindest verfrüht sind. Nach 1991 fanden weder in Äthiopien noch in Eritrea, von Somalia und Dschibuti einmal ganz abgesehen, tief greifende und nachhaltige Demokratisierungsprozesse statt. Nur diese hätten zu einer Reduktion der historisch entstandenen hohen inner- wie zwischenstaatlichen Konfliktpotenziale im Horn von Afrika führen können, die Voraussetzung für die Nachhaltigkeit der durchgeführten Demobilisierungsprozesse gewesen wäre.

Der als positiver Modellfall wahrgenommene Prozess der Demobilisierung und Reintegration von Ex-Kämpfern in Äthiopien ist in zahlreichen Studien beschrieben worden.

Jedoch konzentrierten sich die meisten dieser Studien auf Aspekte des engeren Demobilisierungs- und Reintegrationsprozesses: Abwicklung der Demobilisierung und sozio-ökonomische Eigenschaften ihrer Zielgruppen, Planung und Eigenschaften sowie Durchführung und Nachhal-

tigkeit der Reintegrationsprogramme.

Der allgemeine politische Kontext und die Zielsetzungen, die die relevanten Akteure mit der Demobilisierung verwirklichen wollten, blieben weitgehend unberücksichtigt. Folglich fehlt auch weitgehend die Erörterung der Bedingungen, die notwendig gewesen wären, um die durchgeführte Demobilisierung dauerhaft werden zu lassen und in eine wirkliche Demilitarisierung von Staat, Gesellschaft und Mentalitäten der Individuen einmünden zu lassen.

Letztlich litten alle ausländischen Äußerungen und Untersuchungen an einer ausgeprägten und sehr zu bedauernden Falschwahrnehmung der Entwicklungen in Äthiopien und in der Region seit 1991, die auf einer nahezu blinden Akzeptanz des von EPRDF/TPLF öffentlich projizierten Bildes einer demokratisch orientierten und auf den Aufbau eines Mehrparteiensystems und Zivilgesellschaft verpflichteten Organisation beruhte.

In den meisten Studien der Jahre 1991 bis 1998 wurden

- die militaristische und hegemonialistische Politik der TPLF innerhalb Äthiopiens,
- die Persistenz der inneräthiopischen Konfliktpotenziale,
- die regionale hegemoniale Aspiration Äthiopiens,
- die ungelösten Fragen zwischen Äthiopien und Eritrea,
- die Spannungen im Verhältnis zwischen TPLF und EPLF seit Entstehung der TPLF, daher nicht wahrgenommen oder, wenn gestreift, in unzulässiger Weise in ihrer Bedeutung und Dynamik heruntergespielt.

Das falsche Verständnis der Ideologie und der politischen Zielsetzungen der EPRDF/TPLF führte konsequenterweise zu falschen Analysen der politischen Prozesse in Äthiopien

seit 1991 und zum Unvermögen, die Rolle des EPRDF-Militärs korrekt zu begreifen und zu analysieren.

Hieraus resultierte auch das Versagen, zu erkennen, dass die Demobilisierung der geschlagenen Derg-Armee und der bewaffneten Verbände anderer Befreiungsbewegungen als der EPRDF sowie der Reduktion der Militärausgaben nicht notwendigerweise mit einer verminderten Bedeutung der Rolle des EPRDF-Militärs in der Politik und zur Aufrechterhaltung einer militärisch abgesicherten Dominanz und Herrschaft verbunden war.

Dies verstellte auch den Blick darauf, dass die EPRDF/TPLF bereits unmittelbar nach ihrer Machtübernahme in Addis Abeba begann, ihre Truppen und Sicherheitsdienste zu reorganisieren und zu verstärken. In einem mehrjährigen Prozess transformierte sie diese zu den Kernelementen der unter ihrer festen Kontrolle stehenden neuen äthiopischen Militär- und Sicherheitsapparate, die ihr nicht nur die Fortdauer ihrer Herrschaft in Äthiopien garantieren, sondern dem Land auch ermöglichen sollen, in der Region eine militärisch abgesicherte hegemoniale Rolle zu spielen.

Letztlich wurde in fast allen Studien nicht berücksichtigt, dass im Gegensatz zu anderen Demobilisierungsprozessen in Afrika Demobilisierung in Äthiopien vor allem die Besiegten traf.

Die Demobilisierung von Teilen der EPRDF-Truppen führte nicht zu einer Verringerung der Gesamttruppenstärke der EPRDF-Armee und der aus ihr hervorgehenden neuen äthiopische Armee, die zahlenmäßig stärker und besser gerüstet war als die EPRDF-Truppen des Jahres 1991.

Die sorgfältige Betrachtung der politischen Entwicklungen nach 1991 zeigt auf, dass Demobilisierungen in Verbindung mit Rekonfiguration der bewaffneten Organe der neuen

Staatsmacht zentrale Elemente der EPRDF/TPLF-Strategie waren, nach dem militärischen Sieg über den Derg die politische Alleinherrschaft in Äthiopien durch militärisch abgesicherte Ausschaltung aller Konkurrenten zu erlangen und zu behalten.

Obwohl die EPRDF/TPLF durch von ihr beherrschte Regierungen Äthiopien eine neue Verfassung gab und eine Vielzahl neuer politischer Strukturen und Institutionen schuf, gelang es ihr nicht, diesen Stabilität zu verleihen und aus ihnen eine tragfähige politische Legitimität zu ziehen. Wie unter früheren äthiopischen Herrschern beruht ihre andauernde Herrschaft nicht auf der freiwilligen Zustimmung der Regierten, sondern auf einer starken regionalen Basis, der Kontrolle der militärischen und anderen Sicherheitsapparate des Landes und der rücksichtslosen Nutzung der Kontrolle des Staates über vitale Ressourcen und Einkommensmöglichkeiten zur Erzwingung von Gehorsam.

Infolge der genannten Mängel der Betrachtung und Analyse der Entwicklungen in Äthiopien seit 1991 und in der Region kam der Ausbruch des äthiopisch-eritreischen Kriegs im Mai 1998 für die meisten ausländischen Beobachter völlig überraschend.

Er zerstörte die bis dahin vorherrschende optimistische Auffassung vom künftigen Verlauf der Entwicklungen im Horn von Afrika. Der bis Juni 2000 andauernde Krieg brachte eine umfangreiche Remobilisierung ehemals demobilisierter Soldaten und Kämpfer sowie Neurekrutierungen in die Armee beider Kontrahenten mit sich. Nach zwei Jahren Krieg, der die schwersten Kämpfe auf afrikanischem Boden seit dem Zweiten Weltkrieg sah, wurde im Juni 2000 ein Kampfeinstellungsabkommen unterzeichnet. Ihm folgte im Dezember 2000 die Unterzeichnung eines Friedensabkommens, das jedoch keine

der tieferliegenden Konfliktursachen abschließend regelte, sondern nur die Verfahrensweise für die Regelung der Grenzprobleme festschrieb. Die zögerliche Umsetzung der beiden Abkommen durch die Kontrahenten belegt, dass der eigentliche Konflikt nicht ausgestanden und die Gefahr erneuter offener Kriegführung keineswegs gebannt ist.

Heute hat Äthiopien wieder die größte und bestausgerüstete Armee zwischen Aswan und Limpopo. Ironischerweise ist die eritreische Armee, die in den Kämpfen von Mai bis Juni 2000 schwere Niederlagen erlitt, dennoch in Zahl und Ausrüstung in der weiteren Region jeder anderen Armee außer der äthiopischen überlegen.

Obwohl beide Seiten sich gegenüber der internationalen Gemeinschaft auf umfangreiche Demobilisierungen und Senkungen der Militärausgaben festgelegt haben, ist davon auszugehen, dass militärische Personalstärken und Ausgaben in beiden Ländern auf unabsehbare Zeit erheblich über dem Niveau liegen werden, das sie 1991 bis 1998 hatten. Die äthiopische Staats- und Militärführung hat keinen Zweifel daran gelassen, dass Äthiopien beabsichtigt, die größte Militärmacht im Horn von Afrika und der weiteren Region zu sein und zu bleiben. Auch nach der vollen Durchführung der angekündigten Senkung der äthiopischen Militärausgaben sollen diese auf einem Niveau stabilisiert werden, das dem Doppelten der Vorkriegszeit entspricht. Dementsprechend ist zu erwarten, dass auch Eritrea eine stehende Armee von einem Umfang beibehalten wird, der erheblich über dem der Vorkriegszeit liegen wird.

Der Krieg 1998 bis 2000 demonstrierte drastisch die Fragilität der seit 1991 in Äthiopien durchgeführten Demobilisierungsprozesse. Auch die jetzige erneute Demobilisierung von Kämpfern nach

Ende der militärischen Auseinandersetzung kann ohne Bearbeitung und nachhaltige Reduzierung der Konfliktpotenziale in diesem Raum jederzeit wieder rückgängig gemacht werden.

An diesen mangelt es in der Tat nicht. Außer dem fortdauernden Konflikt zwischen Äthiopien und Eritrea sind weiterhin die innergesellschaftlichen Konfliktpotenziale in Äthiopien, Eritrea und Dschibuti ungelöst, dauern die Fragmentierung und Instabilität im somalischen Siedlungsraum an, wirken die Auseinandersetzungen in Somalia und Äthiopien destabilisierend auf Kenia, verzahnen sich die Konflikte im Sudan mit äthiopischen und eritreischen Konfliktpotenzialen und sehen sich alle Staaten der Region mit dem Aufkommen militanter islamistischer Bewegungen konfrontiert, zu deren Abwehr sie bislang keine konstruktive Antwort gefunden haben.

Die Geschehnisse in der Region seit Mai 1998 erfordern, die gesamten Entwicklungen in dieser seit 1991 unter Einschluss der abgelaufenen Demobilisierungen zu reevaluierten. Diese Reevaluierung muss die dortigen Demobilisierungen sowohl in ihren aktuellen politischen Kontexten wie auch in ihren historischen Dimensionen analysieren. Nur dies wird erlauben, tragfähige Aussagen über die Chancen für langfristige und nachhaltige Friedenssicherung durch Reduktion von Konfliktpotenzialen und Demilitarisierung in Äthiopien und den anderen Staaten der Region zu formulieren. Ohne die Reduktion von Konfliktpotenzialen und die Demilitarisierung der Staaten und Gesellschaften, aber auch der Köpfe der Menschen im Horn von Afrika werden weiterhin technisch erfolgreiche Demobilisierungen immer nur Stückwerk von begrenzter Dauer ohne relevante Wirkung für die langfristige Friedenssicherung bleiben.

In einem geplanten Forschungsvorhaben am Historischen Seminar sollen die bestehenden Defizite der bisherigen Analyse der Demobilisierungsprozesse in Äthiopien bearbeitet werden.

Die zentrale These des beabsichtigten Forschungsvorhabens geht davon aus, dass das Länderfallbeispiel Äthiopien deutlich zeigt, dass im Gegensatz zur Intention der internationalen Unterstützer von Demobilisierungsprozessen die lokalen Akteure diese Prozesse als wichtiges Element ihrer Strategien zu Machterhalt und Herrschaftssicherung gestalten, die durch ein verwobenes Netz von Demobilisierung und Rekonfiguration der militärischen und anderer staat-

tieferen Fragestellungen nach

- der Funktionalität dieser Demobilisierungen für die Machtsicherungsstrategie der EPRDF innerhalb Äthiopiens und die Hegemonialstrategie Äthiopiens in der Region,
- den Ursachen für ihre begrenzte Nachhaltigkeit im Kontext der andauernden Konfliktkonstellationen innerhalb Äthiopiens und in der Region.

Die Bearbeitung dieser Fragestellungen führt zu den Meta-Fragestellungen nach

- der Rolle von Gewalt und Militär in Staat und Gesellschaft in Geschichte und Gegenwart Äthiopiens,

potenzialen im Kontext der Übermacht der militarisierten Staatsmacht,

- der Dominanz des militarisierten Staates als Element der unbewältigten Transformation Äthiopiens zur Moderne.

Das Forschungsvorhaben soll dazu beitragen, strukturelle Voraussetzungen für nachhaltige Demobilisierungsprozesse in Äthiopien zu definieren und realistische Ansätze zu formulieren sowie Demobilisierungsprogramme mit Strategien der Friedenssicherung, Reduktion von Konfliktpotenzialen und Demilitarisierung zu verknüpfen.

Zudem ist es sinnvoll, diese Fragestellungen in den Kon-



**Günter Schröder**

Jahrgang 1945, arbeitet als freier Berater für öffentliche Einrichtungen und Kirchen im Bereich Entwicklungspolitik/Afrika. Seit Sommersemester 2002 promoviert er am Historischen Seminar.



Abbildung 4  
80 Prozent der Bevölkerung Äthiopiens lebt von der Landwirtschaft. Aufgrund von Dürreperioden können die Erträge erheblich schwanken.

Foto: Girma Engida/World Vision

licher Sicherheitsapparate realisiert werden.

Dementsprechend liegt der Schwerpunkt der Untersuchung auf der Analyse der diesbezüglichen Strategien der militärischen und politischen Hauptakteure.

Der Bearbeitung der aufgezeigten Defizite der bisherigen Forschung zu den Demobilisierungsprozessen in Äthiopien seit 1991 dienen die ver-

- der Rolle von Gewalt und Militär in den Staatsbildungsprozessen im Horn von Afrika und für die Konstituierung und Sicherung von politischer Macht und Staatsherrschaft,
- der Herausbildung der Übermacht des militarisierten äthiopischen Staates über die Zivilgesellschaft,
- der historischen Herausbildung von inner- und zwischenstaatlichen Konflikt-

text der Transformationsprobleme der äthiopischen Militärgesellschaft zu stellen.

Dies erfordert zum einen das Aufzeigen der historischen Grundmuster von Demobilisierung und Remobilisierung Äthiopiens mit Schwerpunkt auf den Prozessen seit Entstehung des modernen äthiopischen Staates unter Menelik II, zum anderen insbesondere das Eingehen auf den permanenten Kriegszustand unter

der Herrschaft des äthiopischen Militärsozialismus 1974 bis 1991. Auf dieser Basis werden die Demobilisierungs- und militärischen Rekonfigurationsprozesse nach 1991 reevaluiert.

Unter diesem Aspekt versteht sich dieses Forschungsvorhaben auch als Beitrag zu einer Aufarbeitung der allgemeinen Transformationsproblematik der Gesellschaften dieses Raums.